

Akif Pirinçci über „Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland“

Journalisten und Medienleute sollten über Ungewöhnliches, Außergewöhnliches, über Glück und Leid der Menschen, kurzum über herausragende Neuigkeit aus dem eigenen Land und in der Welt berichten, und das neutral, ausgewogen, ehrlich und in unbestechlicher Manier. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben. Niemals jedoch sollten sie sich dabei von Interessengruppen jedweder Couleur, Ideologien, insbesondere staatlichen Vorgaben vorschreiben lassen, wie und in welcher Tonalität sie über einen Sachverhalt berichten. Daß sie dabei einem Orwellschem Neusprech, also den von stattlich ausgehaltenen Steuergeldschmarotzern und Versagern, genannt Politiker, ersonnenen Dumm-und-dümmer-Hirnfurzen eine Absage erteilen, versteht sich von selbst. Der legendäre Spruch von Hanns Joachim Friedrichs hat immer noch seine Gültigkeit: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, daß er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache.“
[Diese Ausländer hier](#) ...

(Von Akif Pirinçci, im Original erschienen auf seiner [Facebookseite](#))

... die scheinheilig so deutsch tun, jedoch in Wahrheit so deutsch sind wie Zuhälter feministisch, haben da etwas falsch verstanden. Ihr „journalistisches“ Netzwerk, das nichts weiter ist als ein Sammelbecken für ausländische, insbesondere islamische U-Boote und selbstredend vom deutschen Steuerzahler finanziert, empfiehlt, nein, eigentlich dragsaliert auf die feine englische Art und unter dem kuscheligen Deckmantel der Multikulti-Ideologie die „freie Presse“ en détail, wie die

Penetration des Landes mit uns völlig fremden (Un-)Kulturen zur Sprache zu bringen sei, nämlich indem man diese einfach umlügt und vergewaltigt. Sie haben [„Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland“](#) herausgebracht, die der Journalist gefälligst zu übernehmen hat – sonst Nazi.

Das Erstaunliche dabei ist, daß sie offenkundig überhaupt keine Scheu davor haben, zuzugeben, von wem sie sich dabei haben beraten lassen:

2013 sind auf Initiative der „Neuen deutschen Medienmacher“ bundesweite Vertreterinnen und Vertreter von Medien, Wissenschaft und Verwaltung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammengekommen und haben Begriffe diskutiert und Definitionen abgeglichen.

Dieses (steuer-)milliardenschwere Amt, das am laufenden Band unser hart erarbeitetes Geld für ungebildete afrikanische Testosteron-Bomben mit der Neigung zu bewußtseinserweiternden Produkten, zukünftige Moscheebauer, Clans mit einem recht eigenwilligem Rechtsempfinden, „Rotationseuropäer“ mit altehrwürdigem Handwerk usw. verbrennt und diese schwuppdwupp zu Fachkräften deklariert, hat also mit den neumedialen Ausländern „Definitionen abgeglichen“, auf daß jedes geschriebene und gesagte Wort zunächst der Zensur eines Multikulti-Knigge passieren möge. Mit anderen Worten, man ist zum Blumenpflücken zu einem Garten gegangen, in dem der Bock der Gärtner ist. Das nenne ich Qualitätsjournalismus on the top! Aber wer weiß, vielleicht ist man ja gar nicht so naiv und glaubt aus diesem prall gefüllten Steuergeld-Trog der Migrations-und-Asyl-Industrie selber saufen zu dürfen, falls die momentane Zeitungskrise künftig einem hartz-vierisch zu machen drohen sollte. Wie dem auch sei, hier ein paar schöne Leckerbissen, wie wir Medienleute, eigentlich alle zu sprechen haben, damit wir Gnade vor den Augen von Herr und Frau „Bereicherung“ finden:

„Aufnahmegesellschaft“ ist mit Vorsicht zu genießen: Der Begriff klingt nach einem fest definierten, homogenen Rahmen, in den Menschen einwandern. Zudem ist er als Synonym für Deutsche ohne Migrationshintergrund ausgrenzend, da Eingewanderte und ihre Nachkommen auch zu den Aufnehmenden gehören. Wenn er verwendet wird, wäre der klärende Zusatz „multikulturelle Aufnahmegesellschaft“ sinnvoll, damit deutlich wird: es sind die knapp 82 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gemeint.

Das stimmt, „Aufnahmegesellschaft“ ist mit Vorsicht zu genießen. Allerdings wäre die „multikulturelle Aufnahmegesellschaft“ froh, wenn der Einwanderer – zu 80 Prozent junge Männer – auch ein paar „Einwanderinnen“ im sexuell attraktiven Alter mitbringen würde, damit nicht später ein blutiger Krieg wegen der Fickerei um die „Bürgerinnen“ ausbricht. Meine ja nur ...

„Herkunftsdeutsche“ ist umstritten. Wer allerdings Deutsche mit türkischer Herkunft sagt, müsste konsequenterweise auch Deutsche mit deutscher Herkunft, sprich Herkunftsdeutsche sagen.

Nicht allein das, man sollte sogar „Deutsche mit deutscher Herkunft und deutschem Schäferhund und Nazi-Opa“ sagen, damit die Scheißkartoffel am Ende nicht auf den Gedanken kommt, das hier sei sein Land und er wäre so mir nichts, dir nichts ein Einheimischer. „Einheimischer“ ist nämlich auch total scheiße, wie man unten sieht.

„Einheimische“ erzeugt ein schiefes Bild, weil viele Eingewanderte und ihre Kinder hier längst heimisch sind. Es weckt die Assoziation von fremdländischen Migranten. In einem lockeren Kontext könnte es mit dem Gegensatz verwendet werden: Einheimische und Mehrheimische.

Okay, jetzt blicke ich nicht so ganz durch. Wenn doch „viele Eingewanderte und ihre Kinder hier längst heimisch sind“, wieso sind sie dann plötzlich wieder „Mehrheimisch“? Oder gilt das nur für den Abou-Chaker-Clan?

„Bundesrepublikaner“ kann als Bezeichnung für alle Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland verwendet werden, denn auch diejenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben sich für ein Leben in der Bundesrepublik entschieden.

Soso, sie haben sich also „für ein Leben in der Bundesrepublik entschieden“. Ich persönlich habe mich vor einiger Zeit entschieden, nur noch 21jährige mit Modellmaßen zu ficken. Leider kommt mir die „Bundesrepublik“ nicht so entgegen. Scheiß Herkunftsdeutsche!

„Wir“ ist zunächst ein harmloses Wort, das jedoch ausgrenzend verwendet werden kann. Oftmals steht wir, ohne ausgesprochen zu werden, für wir Deutsche (ohne Migrationshintergrund). Journalisten sind gut beraten, bewusst damit umzugehen und durch die Verwendung keine Zuschauer, Zuhörer oder Leser außen vor zu lassen.

Nichts leichter als das. Man könnte ja statt „Wir“ „Woff“ sagen oder „Wurl“ oder noch besser „Lann Hornscheidt“, da wird keine/r/x mehr „außen vor“ gelassen. Auch sollte man bei der Gelegenheit über die Gefährlichkeit von „Ihr“ nachdenken, weil es gleichfalls etwas Trennendes impliziert. Schlage vor „Arrgh“.

„Integrationsverweigerer“ steht für die diffuse Vorstellung, dass Einwanderer die deutsche Gesellschaft, ihre Werte und Gesetze ablehnen würden. War anfangs noch die Rede von Menschen mit Integrationsbedarf und Integrationsproblemen, wurden daraus später Integrationsunfähige und Integrationsunwillige, heute taucht öfter der

Integrationsverweigerer auf. Daran wird deutlich, dass Einwanderern oft eine willentliche und aktive Abgrenzung unterstellt wird, was jedoch nur sehr selten der Fall ist. Studien verweisen eher auf einen Mangel an Chancengleichheit und fehlende oder erschwerte Möglichkeiten zur Partizipation.

Das ist auch korrekt. Von der Migrationsindustrie bezahlte Studien haben schon längst bewiesen, daß es so etwas wie „Integrationsverweigerung“ gar nicht gibt. Die Einwanderer grenzen sich gar nicht „willentlich und aktiv“ ab. Wenn man zum Beispiel jedem Einwanderer jeden Tag Pulverzucker in den Arsch blasen oder alternativ tausend Euro zustecken und sie ebenfalls mit einer ukrainischen Nutte versorgen würde, hätte sich das Problem mit der „Partizipation“ im Nu erledigt. Die gleichen Studien haben übrigens auch bewiesen, daß ich täglich ein Ei von der Größe einer Wassermelone lege. Nee, echt jetzt.

„Islamfeindlichkeit“ bezeichnet eine generell ablehnende Haltung gegenüber dem Islam und seinen Glaubensrichtungen, sowie gegenüber Menschen muslimischen Glaubens und ihren religiösen Praktiken. Islamfeindlichkeit kann in der Praxis auch mit Islamophobie einhergehen. Experten empfehlen anstatt Islamfeindlichkeit den Begriff antimuslimischer Rassismus zu verwenden, weil er verdeutlicht, dass es bei dieser Art der Ablehnung weniger um Religionsfragen geht, sondern vielmehr um Ausgrenzung.

Die „Experten“ empfehlen nicht nur das, sondern auch, daß man mit Hilfe des Volksverhetzungsparagraphen und des sogenannten „Haß-Verbrechen“ jeden in den Knast stecken sollte, der etwas Negatives gegen den Islam äußert. Allerdings müssen sich die Experten noch etwas gedulden, bis die Knäste für 70 Prozent der Bevölkerung fertiggebaut sind.

„Ausländerkriminalität“ sollte nicht als eine Bezeichnung für alle Straftaten verwendet werden, die von Ausländern begangen werden, sondern als Oberbegriff für Verstöße gegen

Asylgesetze, Visavergehen und andere Straftaten, die nur von Ausländern begangen werden können. Alle anderen Straftaten sollten allgemein unter Kriminalität eingeordnet werden – schließlich gibt es auch keine „Deutschenkriminalität“. Ebenso können Straftaten „im speziellen“ benannt werden, so wie z.B. auch von Korruption die Rede ist, anstatt von „Beamtenkriminalität“.

Das klingt logisch. Noch effektiver wäre es jedoch, wenn man das Wort Kriminalität im Zusammenhang mit, ähm, „Ausländern“ überhaupt nicht mehr verwenden würde. Die „Deutschenkriminalität“ gibt es allerdings tatsächlich. Hat was mit rechter Gesinnung zu tun, wogegen die „linke Gesinnung“ in Thüringen gerade Ministerpräsident wird.

Der Kölner Behrouz F. _ bei der Nennung von Namen oder Alias-Namen in Berichten, ist eine Verbindung mit dem Wohnort zu empfehlen. Auch eine Nennung des Wohnbezirks kann sinnvoll sein, weil sie häufig mehr Aussagekraft hat, als die Herkunft; es ist oft aufschlussreicher zu erfahren, ob Behourz F. in einem Arbeiterkiez oder Nobelviertel wohnt. Formulierungen wie der Iraner Behrouz F. aus Köln oder der iranischstämmige Behrouz F. hingegen machen deutlich, dass Behrouz F. kein echter Kölner oder Deutscher ist oder sein kann.

Völliger Quatsch! Statt Behrouz F. könnte man doch einfachheitshalber Hans Mayer sagen und bei Frauen Hänsin Mayer. Und als Wohnort könnte man Gagaland angeben. Mit dem Zusatz „hat Süßigkeiten geklaut“.

„Armutszuwanderer“ wird derzeit als (teilweise abfällige) Bezeichnung für Menschen aus Südosteuropa verwendet, teils auch als Synonym für Roma, die im Zuge der EUFreizügigkeit nach Deutschland kommen. Die große Mehrheit der Menschen, die seit 2007 aus den neuen EU-Beitrittsländern eingewandert sind, gehen jedoch einer Arbeit nach oder studieren. Es

handelt sich daher überwiegend um eine – für Deutschland profitable – Arbeitszuwanderung bzw. Arbeitseinwanderung. Auch problematisch: Bei Armutsmigration schwingt die Sorge mit, Deutschland sei vor allem von einer Zuwanderung in die Sozialsysteme betroffen.

Völlig richtig, die sind alle für Deutschland „profitable“. Daß fast jede Kommune hierzulande inzwischen pleite ist, jährlich ein Schwimmbad nach dem anderen geschlossen wird, kaum mehr Geld für die Instandhaltung der Infrastruktur und öffentliche Dienste da ist, liegt nicht an den ins Horrende steigenden Sozialkosten – mittlerweile 800 Milliarden Euro jährlich – schon gar nicht an den profitablen Roma, sondern an den arschloch-Schwimmbädern und Drecksschlaglöchern. Die haben es nicht anders verdient. Das wurde jetzt ebenfalls in einer Studie des „Bundesamts für Migration und Flüchtlinge“ nachgewiesen.

Die Lektüre, die mit absoluter Sicherheit über kurz oder lang Eingang in den Pressekodex, wenn nicht sogar ins Strafrecht finden wird, lohnt sich wirklich zu lesen. Es ist gerade atemberaubend, was sich Ausländer, obwohl hier geboren und mit einem deutschen Pass bestückt, anmaßen, was und wie wir über dieses immer brisanter werdende Thema zu sprechen haben. Als Journalisten getarnte Deutschlandhasser und Islamophile blasen uns den Marsch in Sachen Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit. Soweit sind wir schon. Armes, arschgeficktes Deutschland.

» Kontakt: geschaeftsstelle@neuemedienmacher.de

Verfassungsschutzchef Maaßen: 180 Dschihadisten vom IS zurück in Deutschland!

☒ WELT online hat heute Abend ein Interview mit Verfassungsschutzchef Dr. Hans-Georg Maaßen (Foto) veröffentlicht. Die größte Bedrohung für die innere Sicherheit stelle weiterhin der „islamistische“ Terror dar. Beim Heiligen Krieg im Islamischen Staat seien im Irak und in Syrien bisher 60 Moslems aus Deutschland umgekommen. Neun davon hätten sich als Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt. Höchst alarmierend ist die Tatsache, dass bereits 180 Dschihadisten von dort nach Deutschland zurückgekehrt sind. Maaßen musste zugeben, dass ihm das Personal fehle, um diese tickenden Zeitbomben alle rund um die Uhr zu überwachen.

(Von Michael Stürzenberger)

Hier seine wichtigsten Aussagen zu den Dschihadisten:

Wir sind besorgt über die hohe Zahl der Ausreisen. Gerade in den letzten sechs Wochen ist diese noch stärker angestiegen. Mittlerweile zählen wir 550 Personen. So viele haben sich aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak aufgemacht. Rund 60 dieser aus Deutschland stammenden Personen wurden bisher getötet oder haben sich umgebracht – mindestens neun davon bei Selbstmordanschlägen. Das ist ein trauriger Erfolg für die islamistische Propaganda. (..)

Seit dem Sommer beobachten wir aber, dass die deutliche Mehrheit mittlerweile zum IS hält. Das liegt auch am brutalen Handeln der Organisation. Viele denken: Der IS ist ein Erfolgsmodell. (..)

Als Teil der westlichen Wertegemeinschaft sind wir natürlich Ziel von IS und auch von al-Qaida, die darf man nicht außer

Acht lassen. Beide stehen miteinander im Wettbewerb um die Gunst der Anhänger. Wir sitzen in einem Boot mit den USA, Großbritannien, Frankreich und allen anderen westlichen Staaten. Die Situation ist besorgniserregend, aber wir müssen keine Angst haben. Wir sollten uns darauf einstellen, dass Anschläge auch bei uns passieren können, auch wenn wir natürlich alles tun, um das zu verhindern. Man muss einfach wissen: Es besteht eine gewisse Gefahr. (..)

Bislang gehen wir von rund 180 Rückkehrern aus. Bei ihnen prüfen wir, welche Maßnahmen zur Überwachung eingeleitet werden müssen. Mit Blick auf unsere endlichen Ressourcen und der Tatsache, dass wir diese Menschen nicht rund um die Uhr bewachen können, müssen wir mit Augenmaß vorgehen.

Aber nachdem die alle laut deutschem Innenminister de Maizière „unsere Söhne“ sind, müssen wir uns ganz bestimmt keine Sorgen machen, dass sich die Söhnchen bei uns ungezogen verhalten. Zu HoGeSa äußerte sich Dr. Maaßen angenehm objektiv:

Auch nach den Vorfällen in Köln oder Hannover haben wir bisher nicht feststellen können, dass die Hooligans selbst eine extremistische Gruppierung sind. Wir wissen aber, dass es auch rechtsextremistische Hooligans gibt. Diese müssen wir weiter im Blick behalten.

In dem ausführlichen Interview kommt auch der Ukraine-Konflikt zur Sprache. Hierzu stellt Dr. Maaßen etwas fest, das auch auf PI zutrifft:

In Teilen bemerken wir in Internetblogs oder Foren, dass in deutscher Sprache äußerst prorussische Positionen gepostet werden. Hier stellen wir uns die Frage, wer dahintersteckt. Die Zuordnung zu einem russischen Dienst ist sehr schwer zu treffen. Aber wir sehen mit Sorge, wenn versucht wird, auf die Meinungsbildung Einfluss in Deutschland zu nehmen – allerdings längst nicht so offensiv wie in manchen

osteuropäischen Staaten.

[Hier das gesamte Interview](#), das heute auch in der WELT am Sonntag gedruckt wurde. Dr. Maaßen hatte sich im April schon mit gesundem Menschenverstand [zu der Verfassungsschutz-Beobachtung von PI](#) in Bayern geäußert:

Auf die Frage, wie der Bundesverfassungsschutz dazu stehe, dass die Internetseite PI-News gegen Muslime hetzt und vom bayerischen Verfassungsschutz nunmehr beobachtet werde, antwortet ihr Präsident Dr. Hans-Georg Maassen, die bayerischen Kollegen mögen das so sehen, aber der Bund selbst sehe dazu zurzeit keinen Anhaltspunkt. Er sagt: „In Deutschland darf man sagen, dass man den Islam nicht mag, genauso wie man sagen darf, dass man das Christentum nicht mag.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Der Bayerische Verfassungsschutz sollte sich öfters einmal mit seinem obersten Dienstherrn unterhalten..



Schweden: Vier Schwestern „drohen“ mit Flucht

☒ Nicht nur in Schweden ächzen die Kommunen unter der immer

größeren Anzahl von vorwiegend aus arabischen und afrikanischen Ländern kommenden Asylsuchenden, die gemäß den EU-Vorgaben untergebracht und versorgt werden sollen. In fast allen europäischen Ländern werden diesbezüglich sämtliche Rekorde gebrochen. Die Asylindustrie und Kirchenführer reiben sich genüsslich die Hände.

(Von Alster)

Neben Berichten über Gewaltausbrüche in Asylunterkünften outen sich inzwischen recht viele Luxusflüchtlinge, deren Ansprüchen wir nicht genügen: etwa die Gourmet-Flüchtlinge. In Italien protestierten diese Geschundenen und Verfolgten in einem Flüchtlingszentrum gegen „[Pasta mit Tomatensoße, Brot und Eiern](#)“ und verlangten ihre gewohnten Gerichte; immerhin hatten die meisten schon Schleppern 4000 Euro bezahlt. Angesichts von hungernden Italienern sind nicht mal mehr die Betreiber der Zufluchtsstätten erfreut.

Im [nordfranzösischem Calais](#), das mit etwa 1400-1500 Flüchtlingen vorwiegend aus dem Sudan und Eritrea zurechtkommen muss, verweigerten die Gourmets das angebotene Essen, weil es zu wenig gewürzt gewesen sein soll.

[In Dänemark](#) drohten die „vor dem Tod und Verfolgung Geflüchteten“ mit Hungerstreik und in der humanitären Großmacht Schweden vergeht kein Tag ohne Protest gegen Unterbringung und Verpflegung. Mohamad Waddah Sabouni zeigt als Beispiel die ganze „Misere“:



Die Schweden, die von diesen anspruchsvollen Herrschaften der „Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen entstand... Sure 3 Vers 110“ allerhand gewohnt sind, staunten aber doch nicht schlecht über vier Schwestern der Ummah (Foto ganz oben). [Sie verlangten](#), mit ihrem Vater in einer anderen Kommune untergebracht zu werden; andernfalls würden sie

Schweden verlassen.

Die Schwestern und ihr Vater kamen im Oktober als UN-Kontingentflüchtlinge aus Syrien nach Schweden. Etwas später musste ihr an Alzheimer leidender Vater für ein paar Tage ins Akutkrankenhaus in Östersund. Als er entlassen wurde, weigerten sie sich, in die Wohnung in Strömsund zurückzukehren. Die Wohnung sei zu kalt und die Betten für ihren Vater zu hart. Die Wohnung sei auf der dritten Etage und verfüge über eine zu schwer zu besteigende Badewanne. In Schweden fühlen sie sich nicht sicher, und sie glauben, dass niemand auf sie hört. Und wenn sie nicht in eine andere Gemeinde kommen, drohen sie damit, Schweden zu verlassen. Sie verlangen auch einen Anwalt für ihre Sache.

Während Christen und Jesiden im Irak und in Syrien, bedroht durch den IS, nicht selten den Hungertod sterben, werden Angehörige ihrer Peiniger in der humanitären Großmacht Schweden und im Rest von Europa bestmöglichst versorgt. Wir sollten diese ungeahnte Möglichkeit der freiwilligen Rauswanderung wegen Beanstandung zu harter Betten nutzen. Wie wäre es mit einer Aktion „Betten frei von Luxus-Asylanten für wirklich Verfolgte“?

[Hier im Video](#) kann man die „Opfer-Schwestern“ und die schlechten Betten bestaunen.

(Übersetzungen von Alster)

Hagen: Fünf Einzelfälle™ vom

Wochenende



Hagen (ots) – In der Nacht von Freitag auf Samstag, kurz nach Mitternacht, wurde ein siebzehn Jahre alter Jugendlicher von mehreren Tätern von hinten angegangen und zu Boden geschlagen. Anschließend traten die Täter auf den Wehrlosen brutal ein. Erst als Passanten auf das Geschehen aufmerksam wurden, ließen die Täter von dem Opfer ab und flüchteten mit dem Handy des Opfers. Täterbeschreibung: Vier Männer, einhundertsechzig bis einhundertsiebzig Zentimeter groß, normale Staturen, einer dicklich bis kräftige Statur, **südländisches Erscheinungsbild**, dunkel gekleidet, einer trug eine bordeauxfarbene Strickjacke mit Kapuze. Hinweise auf die Täter nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02331 986 2066 entgegen. ([Pressemeldung Polizei](#))

Hagen (ots) – In der Nacht von Freitag auf Samstag, kurz vor Mitternacht, wurde ein sechzehn Jahre alter Jugendlicher, der aus der Innenstadt auf dem Weg nach Hause war, in der Liebigstraße von drei Tätern angegangen. Man brachte ihn zu Boden, fixierte ihn und durchsuchte ihn. Die Täter nahmen dem Jugendlichen das Handy ab und flüchteten anschließend in Richtung Innenstadt. Der junge Mann ging dann zur nahe gelegenen Wohnung und die Eltern alarmierten dann die Polizei. Täterbeschreibung: Männlich, sechzehn bis achtzehn Jahre alt, vermutlich **Türken oder Araber**, circa einhundertfünfundsiebzig Zentimeter groß, kurze, schwarze Haare. Hinweise auf die Täter nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02331 986 2066 entgegen. ([Pressemeldung Polizei](#))

Hagen (ots) – Ein einunddreißig Jahre alter Mann verließ am

Samstag, kurz nach drei Uhr, in Altenhagen eine Party, ging zu Fuß über die Funkestraße und wollte durch den Tunnel weiter in Richtung Neumarktstraße gehen. Kurz vor dem Tunnel wurde er von drei Männern überfallen. Man trat ihn zu Boden und schlug und trat dann weiter auf ihn ein. Nachdem ihm die Geldbörse mit Bargeld und Dokumenten und das Handy abgenommen wurde, entfernten sich die Täter in Richtung Höing. Der Geschädigte beschrieb die drei Täter als **augenscheinlich Südländer**, circa fünfundzwanzig Jahre alt, dunkel gekleidet. Nach dem Überfall begab sich der leicht Verletzte zurück zur Party und rief von hier aus ein Taxi und fuhr zu seiner Wohnanschrift in Wehringhausen. Die Polizei wurde durch den Taxifahrer kurz vor vier Uhr alarmiert, weil der Geschädigte in einem Gespräch den Überfall erwähnte. Der Geschädigte wollte sich selbstständig in ärztliche Behandlung begeben. ([Pressemeldung Polizei](#))

Hagen (ots) – Am Freitagabend, gegen zweiundzwanzig Uhr, kam es in der Bergstraße Ecke Viktoriastraße in der Hagener Innenstadt zu einem Raubüberfall. Eine fünfköpfige Tätergruppe sprach die drei Geschädigten im Alter von achtzehn bis einundzwanzig Jahren auf Geld an und provozierte die Geschädigten verbal. Anschließend wurden die Geschädigten geschlagen. Eines der Opfer ging zu Boden und wurde anschließend brutal mit Tritten attackiert. Die Täter nahmen eine Flasche Wodka an sich und flüchteten. Die Geschädigten erlitten Kopfverletzungen und Prellungen. Täterbeschreibung: Fünf Personen im Alter von achtzehn bis zwanzig Jahren, **ausländisches bzw. südländisches Erscheinungsbild**, schwarze Haare Haupttäter: Etwa einhundertsechzig Zentimeter groß, schlank, langes, graues Sweatshirt, schwarze Haare, an den Seiten kurz rasiert, Jeans Hinweise auf die Täter nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02331 986 2066 entgegen. ([Pressemeldung Polizei](#))

Hagen (ots) – Am Freitagabend, gegen dreiundzwanzig Uhr, trafen zwei siebzehn Jahre alte Jugendliche auf dem Theaterplatz in der Hagerer Innenstadt auf eine Gruppe von sechs Männern. Die Tätergruppe provozierte zunächst verbal die beiden Jugendlichen und griff die Beiden dann tätlich an. Durch Faustschläge ging einer der Jugendlichen zu Boden. Anschließend wurde auf den am Boden liegenden jungen Mann eingetreten. Erst durch das Einschreiten von Passanten ließen die brutalen Schläger von ihren Opfern ab und flüchteten. Die Geschädigten suchten ein Krankenhaus auf. Die Notfallambulanz alarmierte dann die Polizei. Bei den Tätern könnte es sich um **Albaner** gehandelt haben. Hinweise auf die Täter nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 02331 986 2066 entgegen. ([Pressemeldung Polizei](#))

(Spürnase: Lepanto2014)

Unsere Freiheit – unser Land



Bislang betrachten wir den staatlichen Ethno-Terrorismus als Bedrohung der „nationalen Identität“. Man pflegt eine „identitäre“ Interpretation des Vorganges der Invasion. Damit verfangen wir uns aber auch in Abstrakta und werden anfällig dafür, uns in kräftezehrende und letztlich fruchtlose Debatten verwickeln zu lassen wie die, was denn Identität eigentlich sei und was deutsch sei und deutsche Identität ausmacht und wie man das abgrenzen könne und wie sehr auch eine Nation und ihre Identität einem Wandel unterworfen sei und dass es Migration doch immer schon gegeben habe und überhaupt – und so

weiter und so weiter.

(Von Marcus)

So verplappert, vergrübelt und distanziert man sich, während eben das Volk, um das es einen geht, umgepflügt wird und aus den gegnerischen Reihen Schreiberlinge und „Experten“ hervortreten, die sich für Wunder wie schlaue halten und meinen, uns mit ihrer grundstürzenden Erkenntnis überwältigen zu können, dass es die durch die Invasion zum Abschuss freigegebenen Güter – Nation, Deutschland, Abendland, Christenheit – „in echt“ ja gar nicht gibt (wie etwa auch „den“ Islam). Womit freilich auch jedwede Sorge darum sachlich unbegründet wäre.

Zugunsten des Konzepts „Nation“ oder „Volk“ wird gerne angeführt, es sei gegenüber dem abstrakten Begriff „Menschheit“ oder den abstrakten „Menschenrechten“ konkret. Konkreter allemal. Aber es geht noch eine Stufe weiter im hierarchischen Gefüge vom Allgemeinen zum Besonderen. Wirklich konkret nämlich, und zwar so konkret, dass es konkreter gar nicht mehr geht, ist allein das Individuum! Und es ist eben das Individuum, dessen Freiheit der Impetus der Invasion immer mehr zu Leibe rückt:

Meine Freiheit, selbst zu entscheiden, ob und von wem ich mich bereichern lasse, was ich über welche Kultur und Religion sagen und denken darf, über mein Eigentum zu verfügen, wem ich Gastfreundschaft gewähre und wem nicht, ob und in welchem Maße ich Nächsten- oder Fernstenliebe übe und dafür meine Ressourcen strapaziere, ob ich Fachkräfte bei mir brauche oder nicht, ob ich mich ganz in den Dienst einer großen Sache zur Rettung der Welt stelle oder zurückgezogen Rosen züchte.

Freiheit und Eigentum: DAS sind ganz konkret die durch die Invasion und durch die damit einhergehende Beschleunigung des staatlichen Durchgriffs in alle Lebensbereiche bedrohten Güter. Freiheit und Eigentum sind ganz konkrete Anliegen, die

jeder versteht weil sie jeden unmittelbar an Leib und Leben treffen. Regt sich vor Ort Widerstand gegen die Zwangsansiedlung von „Flüchtlingsen“, dann geht es doch nicht zuerst um die nationale Identität oder den zutreffenden Volksbegriff, sondern um Haus, Hof, Heimat und die eigene Lebenswelt. Das Ureigene eben.

Wer weiß, vielleicht kommen wir auch einmal dahin, dass der Widerstand gegen die Invasion von einem erwachenden Sinn für Selbstachtung beflügelt wird, der die Zumutungen und Anmaßungen des Staates und seiner Propagandamaschinerie nicht mehr hinnehmen will. Wir lamentieren gerne, die Deutschen hätten keinen Nationalstolz. Stimmt. Aber es gibt noch eine Art des Stolzes, um den es in diesem Lande noch schlimmer bestellt ist: Der Stolz und das Ehrgefühl freier Männer und Frauen – echter Bürgerstolz.

Verankern wir den Widerstand gegen die Invasion ganz unmittelbar und konkret in Fleisch und Blut: Mein Haus, mein Hof, meine Ehre, meine Familie, meine Stadt – mein Leib und mein Leben. Die Erkenntnis, dass unser Land, unser Volk, unsere Kultur, unsere Werte ihrerseits Bedingungen der Möglichkeit eines Lebens personaler Freiheit sind, kommt ganz von allein ohne ermüdende Herleitungen und erniedrigende Distanzierungen dahingehend, was wir alles nicht sind. Zuerst die Fahne der Freiheit. Die Landesfarben sickern dann schon mit ein.

**Korrupte Ahmadiyya im
Asylbusiness**



Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüft Vorwürfe gegen die muslimische Ahmadiyya-Gemeinschaft. Dabei geht es um mutmaßliche

Schleusungen und zweifelhafte Bescheinigungen, zitieren das ARD-Magazin „Report Mainz“ und der „Spiegel“ eine Sprecherin der Behörde. Die Bescheinigungen, die in Asylverfahren benötigt werden, würden oft nur gegen hohe Spendenzahlungen ausgegeben, heißt es unter Berufung auf aktuelle und frühere Mitglieder der islamischen Reformbewegung. Wer die Spenden nicht leiste, erhalte keine positive Bescheinigung.

Die Ahmadiyya-Gemeinschaft gilt vielen Muslimen als Sekte, ihre Mitglieder werden in den meisten muslimisch geführten Staaten aus religiösen Gründen verfolgt. Aktive Mitglieder haben deshalb oft gute Chancen, in Deutschland als Asylanten anerkannt zu werden. Allerdings müssen sie dafür nachweisen, in ihren Gemeinden stark verankert zu sein. Sie benötigen im Verfahren also Unterstützung der Gemeinden... ([Siehe WELT!](#) Foto: Sekten-Chef Ahmad)



Bonn: Willkommenskultur für Dschihadisten



Sie morden, plündern, vergewaltigen, foltern und schneiden ihren Geiseln vor laufender Kamera die Köpfe ab. Und dann kommen sie nach Bonn zurück und werden nicht vor Gericht gestellt, sondern liebevoll betreut, da es sich ja um „[unsere Söhne und Töchter](#)“ handelt.

(Von Verena B., Bonn)

In der Salafistenhochburg Bonn mit ihrem jetzt seit Ansiedelung der DITIB-Protzmoschee ganz besonders in Erscheinung getretenen [Stadtteil Tannenbusch](#) gibt es bisher zwei soziale Hilfsprojekte für potenzielle Gotteskrieger. Neben dem [Präventionsprogramm „Wegweiser“](#), dessen Personal vom Land NRW in den drei Modellstädten Bonn, Bochum und Düsseldorf finanziert wird, plant das Bundesinnenministerium für Bonn nun ein weiteres Angebot: die „Beratungsstelle Radikalisierung“. Damit gibt es ab 2015 pro Beratungsangebot eine volle Planstelle, für die noch ein Standort und ein Sozialarbeiter gesucht werden. Anders als der „Wegweiser“, der bei der Stadt angesiedelt ist, soll die Radikalisierungs-Beratungsstelle von einem freien Träger angeboten werden.

Wie die Integrationsbeauftragte Coletta Manemann (kl. Foto)

mitteilte, verzeichnet das im April gestartete Präventionsangebot „Wegweiser“ in manchen Wochen zwischen fünf und zehn Anfragen besorgter Angehöriger. Konkretes wollte Manemann aber nicht preisgeben und so waren die türkischstämmige Beraterin und der marokkanischstämmige Berater auch nicht zu einem Pressetermin zum Thema erschienen. Diese Berater sind zwar keine ausgebildeten Pädagogen, kommen aber aus der Jugendarbeit und haben eine „fundierte religiöse Bildung“. (Die fundierteste religiöse Ausbildung erfolgt bekanntlich in der vorbildlichen König-Fahd-Akademie, wie ein Referent einmal bei einer Veranstaltung betonte). Die Berater hätten außerdem gute Kontakte in die (radikal-) muslimischen Moschee-Gemeinden.

Auskunft über die Gespräche mit gefährdeten Jugendlichen wollte seinerzeit auch der Leiter des mobilen Präventionsprojekts „[one world](#)“ nicht geben, dessen BesucherInnen zumindest stets gutes, korankonformes Essen vorgesetzt bekommen und wo sie unter anderem lernen, Bewerbungsschreiben zu fabrizieren.

Manch ein Fall erweise sich aber auch als Fehllalarm, denn nicht jedes Anzeichen von Radikalisierung (Tragen von Kopftuch und Bart) müsse religiös bedingt sein, es könne auch Ausdruck einer jugendlichen Protesthaltung bei familiären, schulischen und/oder sozialen Konflikten sein, erklärte Manemann.

Wenn sich der Betroffene bereits radikalisiert habe, helfe der „Wegweiser“ allerdings nicht weiter, denn „er ist kein Aussteigerprogramm“. Damit das Vertrauensverhältnis der Jugendlichen und deren Angehörigen nicht gestört werde, würden grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an die Sicherheitsbehörden weitergegeben. Erst bei strafrechtlicher Relevanz würde man den Fall in anonymisierter Form ans Land melden. Bislange habe es aber einen solchen Fall noch nicht in Bonn gegeben.

Die beiden Mitarbeiter sollen auch ein Präventionsnetz in Bonn

knüpfen. Am Tag der offenen Moschee Anfang Oktober sagte ein Moschee-Sprecher dem General-Anzeiger allerdings: „Von ‚Wegweiser‘ habe ich noch nichts gehört.“

Wir werden von unseren aus dem Dschihad heimkehrenden „Söhnen“ sicher noch hören, spätestens dann, wenn auf dem Bonner Markt die erste öffentliche Hinrichtung eines Ungläubigen erfolgt.

Oma ist jetzt auch gegen die „Islamis“



Die Oma der Familie ist nun schon über 80 Jahre alt. Aber immer noch eine patente, rüstige Frau, die mit beiden Beinen auf dem Boden des Lebens steht und für sich selbst

sorgen kann. Sie führt ihren eigenen Haushalt, putzt, kocht und wäscht selbst. Die Wohnung glänzt wie eine Speckschwarte. Man kann sprichwörtlich vom Boden essen.

(Von Alleline)

Apropos Essen: Oma kocht nicht nur für sich selbst, sondern mit Vorliebe für Andere. Genauer gesagt: Für die Kinder und die Enkelkinder, die nur drei Häuser weiter entfernt wohnen. Omas Apfelkuchen, Omas Sauerbraten und Omas Apfelrotkohl – um nur einige Beispiele zu nennen – schmecken so lecker, dass sie über die Familie hinaus Berühmtheit erlangt haben.

Oma ist auf einem Bauernhof aufgewachsen. Mit 12 Geschwistern. Vor der Schule wurden „die Tiere“ im Stall versorgt, nach der Schule wurde „im Feld“ gearbeitet.

Im Krieg wurde das Gehöft durch einen Bombentreffer zerstört. Man schlief im Stroh. Nach dem Krieg haben Oma und ihre Familie – wie alle Menschen in Deutschland – sich auf das Wesentliche konzentriert: Überleben und dieses Land wieder aufbauen.

Oma und der inzwischen verstorbene Opa waren selbstständige Klein-Unternehmer. Rückschläge durch schwere Unglücke und Unfälle haben sie tapfer überwunden. „Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner“, war die Devise. Vielfach haben sie Tag und Nacht gearbeitet. Ein 16-Stunden-Tag war eher die Regel als die Ausnahme.

Reichtümer haben sie nicht erworben. Die Angestellten haben vermutlich mehr verdient als Oma und Opa als Arbeitgeber. Folgerichtig reicht die Rente heute auch gerade einmal für das Nötigste.

Mit Politik hatte Oma nie etwas im Sinn. Einen Internet-Anschluss besitzt sie nicht. Ihre Informationen entnimmt sie dem Dorfblatt und der rot-grünen Haus- und Hofzeitung unserer Stadt („wegen der Sterbeanzeigen“). Die Kinder und Enkelkinder unserer Familie brachten es auch nie übers Herz, Oma über die katastrophalen Fehlentwicklungen in Deutschland in Sachen Euro, Euro-„Rettungspolitik“, Islamisierung, Schuldenexzesse und die übrige Kalaleika der Schreckensliste der Bunten Republik zu informieren. Irgendwie erschien uns das deplatziert bei einer alten Frau, die ihr Leben lang gearbeitet hat.

Zweimal pro Woche fährt Oma zum örtlichen Einzelhändler, der einer großen Einzelhandels-Kette angeschlossen ist, um groß einzukaufen. Selbstverständlich mit dem Bus („Mich braucht von Euch Niemand zu fahren, das schaffe ich selbst“). Oma ist

aufgrund ihrer Erfahrungen auf dem Bauernhof nicht nur eine sehr sachkundige Lebensmittel-Einkäuferin, sie ist auch sehr kritisch. Stolz vermeldet sie stets, dass für sie „extra frische Ware aus dem Lager“ herbeigeht wird.

Auf dem Rückweg wird sie vom Inhaber des Einzelhandels-Geschäfts persönlich gefahren. Als Großkunde scheint sich das zu rechnen. Ihre „Ware“ wird in Wohnung und Keller getragen und Oma strahlt stets vor Zufriedenheit.

Kurz nach ihrem jüngsten Großeinkauf besuchte Oma uns, voll beladen mit frischem Apfelmus, Apfelrotkohl, Braten und was es sonst so an Leckereien gibt.

Sie berichtete von ihrem Gespräch mit dem Inhaber des Einzelhandel-Geschäfts auf der Rückfahrt zu ihrer Wohnung. Sie habe ihm in aller Klarheit gesagt, dass sie das, was mit den „Islamis“ in Deutschland abgehe, restlos satt habe und dass sie nunmehr gegen die „Islamis“ sei. Der Inhaber des Einzelhandel-Geschäfts habe ihr voll und ganz zugestimmt. Nicht weil sie sein Kunde sei, sondern aus voller Überzeugung. Zugleich habe er einige Schauergeschichten über die „Islamis“ erzählt, die er selbst erlebt habe und die Oma bei ihrer Ablehnung der „Islamis“ noch bestärkt haben.

Auch Oma ist also nun gegen die „Islamis“. Unsere Familie reagierte amüsiert. Und berührt. Und hoffnungsvoll.



Sebastian „Christ“ in der Huffington Post: „Acht Ansagen an die Islamhasser“



Es ist schlimm genug, dass der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff entgegen aller Fakten öffentlich behauptet, moslemische Terroristen würden „gegen urislamische Grundsätze verstoßen“ und der Islam sei „nicht die Wurzel des Terrors des Islamischen Staates“. Mit der Huffington Post ist jetzt auch noch eine Zeitung auf diesen staatsgefährdenden Geisterzug aufgesprungen und assistiert Wulff mit volksverratender Islam-Kollaboration. Redakteur Sebastian „Christ“ (oben sein Twitter-Foto) hat einen Tag nach dem unerträglichen Auftritt Wulffs vor schwerreichen Arabern in Berlin einen Artikel veröffentlicht, der vor Nichtwissen nur so strotzt.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Lachnummer nennt sich „8 Ansagen an die Islamhasser in Deutschland und deren naive Anhänger“. Dort ist zu lesen:

Wulff liegt völlig richtig damit, gerade jetzt das Thema wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Zwei Umfragen haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass in Deutschland die Panik umgeht. Immer mehr Deutsche sind offenbar willens, den Islam als Religion für den Terror einiger Tausend in Sippenhaft zu nehmen.

Im April veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie, die das grundsätzliche Misstrauen der Deutschen gegen den Islam dokumentierte: 51 Prozent der Deutschen halte die Religion für eine Bedrohung. In Ostdeutschland, wo es kaum Muslime gibt, sind es sogar 57 Prozent.

Im August fragte das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des „stern“, ob der Islam zu Deutschland gehöre, wie der Ex-Bundespräsident Christian Wulff einst sagte. Insgesamt 52 Prozent lehnten diese Aussage ab.

Diese Umfragen zeigen eben, dass mehr als die Hälfte der Bundesbürger noch geistig gesund ist, im Gegensatz zu vielen linksverdrehten Medienmenschen wie Sebastian „Christ“ offensichtlich einer ist.

Seinen wirren Thesen schreien förmlich nach einer Gegendarstellung:

Keine Frage, es ist gerade in gewissen Kreisen populär, sich „islamkritisch“ zu geben. Und doch bleibt es falsch. Warum? Hier sind acht Thesen über den Islamhass in Deutschland.

1. Wer „den Islam“ kritisiert, hat nichts verstanden

Fürs Protokoll: „Den Islam“ gibt es nicht. Auf der ganzen Welt wohnen Menschen muslimischen Glaubens, und wie sie ihren Glauben leben, unterscheidet sich von Region zu Region, von Land zu Land.

Sebastian „Christ“ weiß vom Islam rein gar nichts. Diese Ideologie ist ganz einfach zu definieren: Sein Befehlsbuch, an dem es „keinen Zweifel“ gibt, ist der Koran. Jedes Wort stammt vom islamischen Gott Allah. Offenbart und durch aktive Taten vorgelebt vom „Propheten“ Mohammed, der als „perfekter Mensch“ und „vollkommenes Vorbild“ für alle Moslems gilt. Einer, der tötete und töten ließ, als Kriegsherr eroberte, überfiel, Beute machte und dies alles durch zeitlos gültige Befehle im Koran sowie Beschreibungen seines Lebens in der Sunna legitimieren ließ. Wenn diese Grundlage nicht in allen islamischen Ländern zu 100 % ausgeführt wird, liegt das nur an der momentanen Machtstruktur in diesen Ländern. Dies kann sich aber durch Umstürze wie den „arabischen Frühling“, den naive

Schreiberlinge wie Sebastian „Christ“ wohl auch vor drei Jahren noch als „Aufbruch des Islams in die Demokratie“ missdeuteten, schnell ändern. Der Islam ist ein Pulverfass, das durch Scharfmacher jederzeit explodieren kann.

2. Politisch motivierte Ausländerkriminalität ist ein Randphänomen

Laut Verfassungsschutzbericht gab es 2013 insgesamt 544 politisch motivierte Straftaten durch Ausländer. Davon waren 167 Gewalttaten, darunter 62 Fälle von Körperverletzung. Gemessen an den mehr als sieben Millionen Ausländern in Deutschland ist dieser Anteil verschwindend gering.

Auch hier zeigt sich, dass dieser „Christ“ noch überhaupt nicht verstanden hat, mit was er es zu tun hat. Der Islam ist nicht nur eine „Religion“, sondern vor allem eine politische Ideologie mit alleinigem weltlichen Herrschaftsanspruch, eigener Gesetzgebung (Scharia), Gewalt- und Tötungslegitimation, Frauenunterdrückung und einer umfassenden Weltanschauung, in der alle Andersgläubigen minderwertig sind, die es zu unterwerfen gilt.

Jeder „Ehren“-Mord, jede grundlose Gewalttat an Nicht-Moslems, jede Vergewaltigung und jeder Raub durch Moslems müssen als politische Straftaten eingeordnet werden, denn durch ihre „Religion“ wird ihnen all dies vorgeschrieben. [Etwa 3700 seit 1990 getötete](#) Deutsche durch Ausländer, von denen über die Hälfte Moslems sein dürften, sind in hohem Umfang als politische Morde einzuordnen. Die hohe Aggressivität bereits bei nichtigen Anlässen, was oft zu schweren Körperverletzungen bis hin zur Tötung führt, wird durch diese Herrenmenschenideologie gefördert. Erhobene Zahlen wie der 85-prozentige Anteil von Türken und Arabern an den Intensivtätern in Berlin beweisen, wie riesig das Problem ist.

3. In Deutschland gibt es fünfmal so viele Baseballspieler wie Salafisten

Dem Verfassungsschutzbericht zufolge lebten 2013 insgesamt etwa 5.500 Salafisten in Deutschland. Ihr Anteil an den in Deutschland lebenden Muslimen beträgt etwa 0,15 Prozent.

Diese 5500 gewalt- und anschlagsbereiten Salafisten reichen völlig aus, um Deutschland in den Ausnahmezustand zu versetzen. Nur 39 RAF-Terroristen schafften dies, und die waren nicht bereit, mit einem Selbstmordattentat Terror zu verbreiten. Sie liebten ihr Leben und gingen aus ihrer linksextremen Sichtweise rational vor. Wenn sich diese 5500 entscheiden, den islamisch-suizidären Sprengstoffterror zu beginnen, wird unser Land in einem Meer von Blut versinken. Pläne, hochsensible Anlagen wie Kernkraftwerke und Chemiefabriken in die Luft zu sprengen, existieren bereits.

Zudem sind die Salafisten nur die sichtbare Spitze des Eisberges. Die Zustimmungsrate unter bei uns lebenden Moslems zu den Grundlagen des Islams wie Scharia übersteigen die 50%-Quote. Wenn erst einmal alle Schläfer aktiviert sind, droht Deutschland und Europa eine Katastrophe von apokalyptischem Ausmaß, deren Vorbote in den brennenden Banlieues von Paris zu sehen war. Die Studie [„Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“](#), herausgegeben im Juli 2011 vom deutschen Bundesinnenministerium, ergab (Seite 18):

90 Prozent der Muslime in Deutschland über 18 Jahre lassen sich als religiös einstufen; 41 Prozent davon sogar als hochreligiös. Am wichtigsten ist die persönliche Religiosität für die Sunniten. 92 Prozent der Sunniten in Deutschland sind religiös, 47 Prozent davon hochreligiös. Unter den Schiiten sind 90 Prozent religiös und 29 Prozent davon hochreligiös.

Jeder, der sich mit dem Islam und seinen brandgefährlichen Schriften auskennt, weiß, was das für ein Bedrohungspotential bedeutet. Eine [weltweite Umfrage unter Moslems](#) von 2008 bis 2012 ergab, dass sich eine deutliche Mehrheit die Scharia wünscht:

Die Unterstützung für die Scharia als offizielles nationales Recht beträgt in Tunesien rund 56 Prozent, 71 Prozent in Nigeria, 72 Prozent in Indonesien, 74 Prozent in Ägypten, und 99 Prozent in Afghanistan. Bereits im September 2012 kam bei einer Untersuchung heraus, dass die weltweite Intoleranz gegenüber Religionen zunehme.

Scharia bedeutet Todesstrafe beim Abfall vom Islam, Steinigung bei Ehebruch, Handabhacken bei Diebstahl, Minderwertigkeit von Nicht-Moslems durch Zweiklassen-Recht, Pflicht zum Dschihad für den Islam sowie immens viele Verhaltens-, Essens- und Bekleidungs Vorschriften. Menschen mit dieser Geisteshaltung befinden sich mitten unter uns, und es kommen durch massenhaften Asylzustrom immer mehr. Sobald das Signal für den offiziellen Dschihad gegeben wird, werden sich hunderttausende Schläfer erheben, die man zuvor sogar als „nette“ Nachbarn erlebte. Wer diese immense Gefahr verharmlost wie Journalisten vom Schlage eines Sebastian „Christ“, macht sich des Hochverrats schuldig.

4. Christian Wulff hatte Recht: Der Islam gehört zu Deutschland

Es ist Zeit, eine Sache einzustehen: Christian Wulff hatte Recht. Nicht nur mit seiner Bemerkung, dass der Islam zu Deutschland gehöre, sondern auch damit, dass er diese Selbstverständlichkeit so betont hat. Denn fast drei Jahre nach seinem Rücktritt zeigt sich, dass es vielen Deutschen schwerfällt, Menschen nicht-christlichen Glaubens auch als Mitbürger zu akzeptieren.

Der Islam hat noch nie zu Deutschland gehört, sondern unseren Kontinent immer nur durch militärische Invasion massiv bedroht. Wenn diese Macht- und Eroberungsideologie zu Deutschland gehören sollte, wären wir ein völlig verblödetes Volk von suizidär veranlagten Masochisten. Aber gottseidank verkörpern faktenunkundige Schreiberlinge wie Sebastian

„Christ“ nicht die Mehrheit in unserem Volk. Noch sind nicht alle durch die Massenmedien gehirngewaschen.

5. Ja, wir haben Vorurteile. Und das Fernsehen hilft sie zu verfestigen

Es war ein Auftritt, der vielen Menschen im Gedächtnis geblieben ist: Im September war ein freier Prediger aus Berlin in der Talkshow „Günther Jauch“ zu Gast und fiel durch seine rüde Gesprächsführung derart negativ auf, dass er von der Boulevardpresse den Spitznamen „Quassel-Imam“ verpasst bekam.

Dieser Imam verkörperte mit seinem Verhalten in der Gesprächsrunde bei Jauch exakt das moslemische Herrenmenschentum. Klar denkende Menschen haben über den Islam keine Vorurteile, sondern ein faktisch begründetes Urteil. 1400 Jahre durchgehenden islamischen Terrors mit [270 Millionen Opfern](#) sind nur linksideologisch denkblockierten Traumtänzern wie einem Sebastian „Christ“ verborgen geblieben.

6. Natürlich gibt es Koranstellen, in denen es um Gewalt geht. Na und?

Es wäre lächerlich zu glauben, dass in Deutschland, wo die Bibel immer noch das am meisten verbreitete Buch ist, jeder Nachbarschaftsstreit mit dem Alten Testament ausgeht: Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Man muss Nichtwissern wie diesem „Christ“ immer wieder den grundlegenden Unterschied zwischen Koran und Bibel erklären: Der Koran ist ein zeitlos gültiges Befehlsbuch eines „Gottes“, wohingegen in der Bibel Geschichten stehen, die aus der damaligen Zeit stammen und auslegbar sind. Daher gibt es auch kein christliches oder jüdisches Land mit einem barbarischen „göttlichen“ Gesetz, sondern ausnahmslos moderne Staaten mit einem von Menschen erarbeiteten durchdachten Gesetzeswerk, das

ständig neu justiert und angepasst wird.

7. Die Islam hat keine Aufklärung erlebt. Und wir so?

Die Aufklärung hat rationales Denken zur Triebfeder jeden Fortschritts erhoben. Große Denker wie Immanuel Kant waren davon überzeugt, dass jeder Mensch vernunftbegabt ist. Keine Frage, der Bürgerkrieg in Syrien und im Irak hat auch Folgen für die Sicherheitslage in Deutschland. Und natürlich stellen gewaltbereite Radikale jeglichen Glaubens eine Gefahr dar. Warum aber viele Millionen Deutsche eine ganze Weltreligion in Sippenhaft nehmen, weil einige Tausend Menschen den Islam für ihre kranken politischen Ziele missbrauchen – das ist mit Vernunft nicht ansatzweise zu erklären.

Im Islamischen Staat Irak und Syrien „missbrauchen“ die Moslems nicht den Islam, sondern [leben ihn zu 100 % richtig aus](#). Aus ihrer Sicht absolut vernünftig. Exakt nach den Vorgaben ihrer „Heiligen“ Schriften und dem Vorleben ihres „Propheten“ Mohammed, der genau die gleichen Gräueltaten im siebten Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien durchführte.

8. Richtig: Der Islam wird seit Jahren von Radikalen für die Politik missbraucht. Und wir helfen ihnen dabei

Denn unsere Panik ist ihr größter Lohn. Nur wo radikale Islamisten Angst auslösen, können sie auch Schaden anrichten. So funktioniert asymmetrischer Krieg. Das beste Beispiel dafür sind die USA, in der aus Angst vor dem nächsten Anschlag seit 13 Jahren eine Freiheit nach der anderen abgeschafft wird.

Man sollte diesen „Christ“ in eine Zeitmaschine setzen, ihn am 11. September 2001 ins World Trade Center setzen und ihm beim Anflug der mohammedanisch gekaperten Boeing sagen:

„Keine Panik, hier wird nur eine Religion missbraucht. Die

rufen zwar Allahu Akbar und haben in ihren Testamenten Tötungsbefehle aus dem Koran stehen, einer seltsamerweise sogar mit der Versnummer 9:111, aber das hat mit dem Islam ganz sicher nichts zu tun.“

Und dann kann dieser „Christ“ beruhigt mit 3000 anderen Menschen und Millionen Tonnen Stahl zu Asche pulverisieren, denn diese Apokalypse darf gottseidank nicht dem Islam angelastet werden und bleibt ganz sicher ein einmaliger Missbrauch. Sein Schlusswort vor dem Abgang:

Ähnlich verhält es sich mit dem Islamhass in Deutschland. Wenn Muslime ausgegrenzt werden, sind sie empfänglicher für die Botschaften der Radikalen. Von den Scharfmacherparolen, die seit Monaten immer wieder durch deutsche Zeitungen und Diskussionsforen geistern, profitieren also am Ende nur jene, die tatsächlich Böses im Schilde führen.

Das ist die große Selbstlüge der Islamhasser: Sie wollen Stärke zeigen. Tatsächlich aber haben sie einfach den Schuss nicht gehört.

Im Gegensatz zu dem verstrahlten Sebastian „Christ“ haben wir Islam-Aufklärer den Schuss mehr als deutlich gehört. Wir sind die logischen [Nachfolger der Weißen Rose](#), die wieder vor einer faschistischen Ideologie warnen, während realitätsverweigernde Appeaser wie dieser „Christ“ genauso dämlich sind wie die Millionen Mitläufer, die damals vor dem National-Sozialismus ihre Augen mit immens großen Scheuklappen verschlossen. Es war nur allzu logisch, dass der Islam mit dem National-Sozialismus einen Pakt zwischen Seelenverwandten schloss. Der gefährlichste Koranvers 8:17 sollte dem „Christ“ auf die Stirn eingebrannt werden, damit seine linksblockierten Gehirnzellen endlich in Bewegung kommen:

Nicht ihr habt sie getötet, sondern Allah hat sie getötet. Und nicht du hast geworfen, als du geworfen hast, sondern

Allah hat geworfen, und damit Er die Gläubigen einer schönen Prüfung von Ihm unterziehe.

Es ist aber zu bezweifeln, dass sich bei diesem Schreiberling der Huffington Post selbständiges faktengestütztes Denken durchsetzt. Wie sagte Einstein so treffend:

„Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“



Bei Sebastian „Christ“ (Foto) bin ich mir im zweiten Punkt absolut sicher. [Hier sein gesamter Erguss](#) in der Huffington Post. Der Herausgeber der Deutschland-Ausgabe ist übrigens der frühere ZDF-Morgenmagazin-Moderator Cherno Jobatey, [laut Wikipedia](#) Sohn eines Schiffskochs aus Gambia und einer Berlinerin, aufgewachsen in einer fünfköpfigen Familie ohne Vater, in seiner Kindheit Legastheniker und seit 1. Oktober 2010 Pate des Heinrich-Hertz-Gymnasiums in Berlin-Friedrichshain für das Projekt „Schule ohne Rassismus“. Sebastian „Christ“ ist ein freier Mitarbeiter aus, na woher schon, dem linksversifften Berlin. Wundert sich irgendjemand, dass aus so seinem Gemisch derartig wirre Artikel kommen?

Kontakt:

» redaktion@huffingtonpost.de

Direkt:

» sebastian.christ@huffingtonpost.de.



Berlin-Marzahn: Linke Gegen-Randale – Presselügen wie üblich



Gestern demonstrierten in Berlin-Marzahn um die 1000 Rechte und Anwohner gegen dort geplante Asylanten-Container (Foto). Der von

den totalitären Senatsparteien [erflechte rote Gegenaufmarsch](#) brachte rund 2000 Leute auf die Straße, darunter mindestens zwei Drittel der gewünschten gewaltbereiten Randalierer. Auch nicht-deutsche Flüchtlinge und Asylbetrüger hatte man gegen „Rechts“ zu Hilfe gerufen. Wie von den im Senat vertretenen Einheitsparteien herbeigesehnt, kam es zu Gewalttaten der linken SA, der Antifanten und Autonomen. Dies schließe ich aus der Lektüre der deutschen und Berliner „Qualitätspresse“ heute morgen aus 1000 Kilometer Entfernung.

Natürlich kann sich jeder Leser hier hoffentlich vorstellen, wie die Artikel in Wirklichkeit nach den Vorgaben der roten Bundesschrifttumskammer geschrieben sind, aber man muß halt zwischen den Zeilen lesen:

Es gab keinen Ausweg. Rundherum waren alle Straßen und Kreuzungen in Marzahn von rund 2500 Gegendemonstranten besetzt. Deshalb konnten etwa 800 Neonazis und Anwohner am Sonnabend ihre Demonstration gegen Asylbewerber und Flüchtlingsheime durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf erst zwei Stunden verspätet beginnen. Als es schließlich gegen 17 Uhr losging, mussten sie den Aufmarsch wegen der vielen Gegner, die ihnen überall entgegenkamen, schon nach kurzer Zeit abbrechen. Auf der Kreuzung Raoul-Wallenberg-Straße/Landsberger Allee machten sie eine Kehrtwende und liefen zurück zum S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße, um ihren Protestzug dort aufzulösen, Auf dieser etwa 600 Meter langen Strecke kam es dann plötzlich zu chaotischen Szenen. Der Polizei geriet die Lage außer Kontrolle, gewaltbereite Gegendemonstranten durchbrachen die Polizeiketten, kamen ganz nah an die Rechtsextremen heran, Böller und Flaschen flogen, es gab Verletzte.

Schon dieser Abschnitt ist verräterisch. Man sperrt die Rechten ein! Das im Grundgesetz mit seiner Demonstrationsfreiheit wird ungültig. Und der linke Tagesspiegel, der dauernd von Neonazis dahersabbert, muß zugeben, von wem die Gewalt mal wieder ausging: von Links wie immer! Das wird dann noch deutlicher:

Dennoch blieb unklar, wohin sich die Rechtsradikalen wenden könnten. Der starke Widerstand bewog die verbliebenen Teilnehmer dann rasch zur Umkehr Richtung S-Bahnhof. Sie machten eine 180-Grad-Kehre – und ab diesem Moment lief bei der Polizeiführung offenbar etwas schief. Auf dem Weg zurück stießen Gegendemonstranten nach, drängten Polizisten ab, die Lage wurde zunehmend verworren. Die Gegenparteien kamen sich so nah, wie es die Polizei sonst nie zulässt. Zeitweise wurden die Demonstranten von Autonomen verfolgt, sahen sich schon nach wenigen 100 Metern dem nächsten gegnerischen Block gegenüber, waren von allen Seiten eingekesselt.

Schließlich liefen auf dem rechten Gehweg der Raoul-Wallenberg-Straße die Rechtsextremen, auf dem linken Gehweg die Linken, getrennt nur von wenigen Polizisten. Wurfgeschosse flogen hin und her, ein Neonazi wurde von einer Flasche am Kopf verletzt. Ein aus den Reihen der Demo-Gegner geworfener Böller detonierte in der Nähe eines Polizisten, der vermutlich ein Knalltrauma erlitt und von Kollegen weggeführt wurde, auch ein Gegendemonstrant, vielleicht der Werfer, wurde von Beamten abgeführt.

Wer hier auf Gewalt gebürstet war, ist sonnenklar: die von der Politik instrumentalisierte Polizeiführung und das linke Gesockse. Es ist sonnenklar, von wem die Straftaten ausgingen. Einkesseln, nicht demonstrieren lassen und dann auf dem Heimweg noch verfolgen! Da schlagen die Herzen der Roten SA höher.



Welcher nachdenkliche Mensch glaubt aber, dies sei ein Sieg der Linken? Hat irgendein Rechter, NPDler und vor allem irgendein Anwohner jetzt sein Denken geändert? Sagt er morgen zu den Flüchtlingen ‚Herzlich willkommen‘? Und da gerade auch in Berlin die Bürger wissen, wie sie laufend primitivst zu ‚Neonazis‘ gestempelt werden, wenn sie beispielsweise bei Moscheebauten und Asylbetrügern etwas anderes wollen als die Herrschenden, ändern sie doch deshalb nicht ihr Hirn!

Hätte der Staat den roten Gegenaufmarsch der Randalierer

nicht beworben und die linke Einheitspresse nicht täglich schon im Vorfeld mit dem Holzhammer von ‚Nazis‘ geschrieben, wären vielleicht 2000 Anwohner gekommen anstatt 200. Aber wer ist so dumm und glaubt, die 1800, die vorsichtshalber zu Hause geblieben sind, seien jetzt Anhänger des Asylbetrugs. Ist es nicht vielleicht eher so, daß ihr Haß jetzt noch größer ist?



Österreich: Stadt Wels verbannt Binnen-I



Die Stadt Wels verbannt das Binnen-I aus dem dienstlichen Sprachgebrauch. Wie die „Oberösterreichischen Nachrichten“ am

Freitag berichteten, setzte sich im Gemeinderat die FPÖ mithilfe der ÖVP gegen SPÖ und Grüne in dieser Frage durch. Der Leitfaden der Stadt für geschlechtergerechtes Formulieren müsse nun geändert werden, sagt die FPÖ. Für den Bürgermeister ist die konkrete Umsetzung hingegen offen... ([Immerhin ein Anfang!](#) So was könnte man auch bei uns starten! Weg mit diesem feministischen, unpraktischen und unästhetischen Bockmist!)

Gedanken zum Totensonntag und zur „Sterbehilfe“



Der Totensonntag ist in protestantischer Tradition der Tag des Gedenkens der Toten; in der katholischen Kirche ist dies das Fest „Allerseelen“. Ein Tag, der dazu

auffruft, an das Vergängliche, eben den Tod, zu denken und auch innezuhalten, um über den Sinn des Lebens nachzudenken. Leben und Tod sind eine Einheit: Der Tod ist der ständige Schatten unseres Lebens und sein notwendiger Gegenpol.

(Von Peter Helmes, conservo.wordpress.com)

Verunsicherte Gesellschaft

Der Suizid, das freiwillige Ausscheiden aus dem Leben, scheint zunehmend vielen Menschen der einzige Weg zu sein, einem vermeintlich „würdelosen“ Altern oder einem würdelosen Dahinsiechen auszuweichen. Oft aber – und das gehört zur Ehrlichkeit in der Debatte – entsprechen Suizidwünsche nicht nur einer privaten Motivation einzelner Menschen, sondern sind (auch) Resultat eines sozialen Defizits bzw. eines Defizits an sozialer Verantwortung. Viele Schwerkranke – oder auch solche, die sich vor einem solchen Schicksalsschlag fürchten – wollen lieber vorher aus dem Leben scheiden, als am Ende ihres Lebens vermeintlich vollkommen entwertet, ja unwürdig, dazustehen.

Das aber – reden wir doch Klartext! – ist auch Ausdruck einer entsolidarisierten Gesellschaft, die den Menschen einredet, es sei doch eigentlich ganz vernünftig, sich vorher zu verabschieden.

(Zu) große Zustimmung zur „Sterbehilfe“

Vier Fünftel der Deutschen stehen der Sterbehilfe einer Umfrage zufolge aufgeschlossen gegenüber. Das ermittelte die ARD im neuen „Deutschlandtrend“. Das hochsensible Thema wird den Bundestag auch im kommenden Jahr beschäftigen: Für das zweite Halbjahr 2015 ist ein Gesetz geplant. Bis dahin bleiben viele Fragen offen.

Knapp die Hälfte der Bevölkerung (46 Prozent) sei der Ansicht, die Beihilfe zur Selbsttötung sollte erlaubt sein, so das Ergebnis der Umfrage. 37 Prozent würden darüber hinaus auch eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe begrüßen. Dagegen lehnten in der Umfrage des Instituts Infratest dimap nur 12 Prozent die Sterbehilfe grundsätzlich ab. Etwas höher ist dieser Anteil mit 18 Prozent bei den Bürgern über 60 Jahren. Der Bundestag will die heikle Frage der Sterbehilfe im kommenden Jahr neu regeln.

„Volkes Stimme“ ist zuweilen emotional bestimmt. Wenn noch entsprechende mediale Unterstützung hinzukommt, wird oftmals die reine Vernunft an den Rand gedrängt. Der Drang zu „würdevollem Sterben“ wird umso größer, je mehr wir die Beihilfe zur Selbsttötung liberalisieren, sie also fast zu einem gesetzlich geschützten „Recht“ erklären. Mit Respekt habe ich demnach die jüngste Debatte im Deutschen Bundestag dazu verfolgt, die von hoher sozialer Verantwortung getragen war und einem „Geschäft mit dem Selbstmord“ eine über alle Parteigrenzen hinweg eindeutige Absage erteilt hat.

Die menschliche Würde

Ein Begriff steht im Zentrum der Diskussionen über Sterbehilfe, den alle Deutschen wohl sofort mit dem

Grundgesetz verbinden: die Würde des Menschen. Ist es sinnvoll, Menschen, die geistig noch gesund sind, aber an körperlichen Krankheiten leiden, den Weg zu erleichtern, indem man die Beihilfe zur Sterbehilfe in Deutschland rechtlich eindeutig regelt und gestattet? Würdigt man dadurch Menschen mit geistiger Behinderung herab? Würdigt man kranke Menschen dadurch generell herab? Oder wird man so endlich überhaupt nur der Würde des Menschen gerecht?

„Menschliches Leben hat Würde, weil es menschliches Leben ist“, stellt der evangelische Theologe Schneider klar, der in der Beihilfe zur Sterbehilfe eine Verletzung der Menschenwürde sieht. Ärzte, die in Deutschland aktuell noch durch ihre Standesrechte und Standesethik daran gehindert werden, Sterbehilfe zu leisten, seien per Berufsbild dazu verpflichtet, sich am „Leben“ ihrer Patienten zu orientieren.

Doch ist das wirklich so? Ist es nicht auch Kernaufgabe eines Arztes, nicht nur zu heilen, sondern Schmerzen zu lindern, wenn eine Heilung nicht mehr möglich ist? Und ist die ultimative Schmerzlinderung nicht unter Umständen der Tod als letzter Ausweg? Menschen wollen vielleicht nicht unbedingt nur wegen des Nicht-mehr-Aushaltens des körperlichen Schmerzes sterben, sondern vielleicht auch wegen der Angst vor Kontrollverlust, Autonomieverlust und Verlust des Lebenssinns. Wer kann das beantworten?

Wie verfahren ohne Patientenverfügung?

Wie soll aber mit Menschen ohne Patientenverfügung umgegangen werden? Diese Frage ist noch völlig offen. Für mich darf es nur eine Antwort geben: Ein Mensch, der keine Patientenverfügung besitzt, darf sicherlich nicht durch Dritte, „durch Sterbehilfe“, sein Leben beenden. Ein solcher Mensch liegt z. B. auf einer Intensivpflegestation und fällt den Angehörigen finanziell und emotional zur Last. Wenn einer der Angehörigen die Pflegschaft (Vormundschaft) hat, liegt die Versuchung nahe, dem „Elend“ durch Sterbehilfe ein Ende zu

bereiten. Das aber wäre für mich Totschlag, vielleicht sogar kalkulierter Mord. Dritte dürfen nicht darüber entscheiden, ob ein Leben lebenswert ist oder nicht!

Zu Ende gedacht, darf man durchaus polemisch festhalten: Wer „Sterbehilfe!“ ruft und das mit der „Entlastung“ der Gesellschaft begründet, ist nicht weit von Euthanasie und Totschlag. Die solches fordern, müßten auch Abtreibung und das Ende jedes menschlichen Daseins fordern: „Wenn ich lebe, muß ich sterben. Dann will ich doch lieber erst gar nicht leben!“ Welch' eine abstruse Moral! Und sie wird auch nicht dadurch besser, daß ein protestantischer Pastor ausgerechnet aus den Reihen der CDU (Peter Hintze) sich für eine Verbesserung der Sterbehilfe einsetzt – für mich gänzlich unerträglich!

Tod, wo ist dein Schrecken?

Ist es nicht vielmehr so, daß der Wunsch nach erlaubter Tötung und seine Begründung mit „menschenswürdigem Sterben“ eher Tarnung einer Angst ist, der man auszuweichen trachtet? Auch der Tod hat eine Würde! Ich finde es menschenunwürdig, das Sterben aus unserem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen bzw. auf dem Niveau von Talk- und Boulevard-Politik zu diskutieren.

Unsere Gesellschaft als Ganzes ist auf diese Debatte offensichtlich nicht vorbereitet – letztlich auch ein Ergebnis zunehmender Entchristlichung. Hinzu kommt, daß findige „Sterbehelfer“ uns die Argumente für eine Selbsttötung (das Wort „Selbstmord“ will ich ausdrücklich vermeiden, weil es keine Tat aus niederen Beweggründen ist) einprägsam vorbeten und von einem „Sterben in Würde“ reden und davon, daß man im Falle des Falles der Familie, dem Partner und/oder der Gesellschaft nicht zur Last fallen soll. So erreichen die Sterbehilfevereine einen nicht geahnten Zuspruch.

Wer sich aus dem Diesseits verabschieden will, soll das tun (können), lautet die gängige Parole. Niemand scheint danach zu

fragen, ob dies nicht einer Kapitulation vor dem Leben (und dem Tod) gleichkommt und auch Ausdruck einer tiefen Resignation ist: Der Mensch verabschiedet sich lieber, als weiter unter uns zu leben. Und damit dreht sich die Spirale: Der Ruf nach gesetzlich erlaubter Beihilfe zum Suizid wird immer lauter.

Suizid als einfacher Ausweg?

Die Enzyklika „Evangelium vitae“ aus dem Jahr 1995, die die traditionelle Auffassung der katholischen Kirche zusammenfaßt, findet klare Worte:

Unter Euthanasie/Sterbehilfe versteht man eine Handlung oder Unterlassung, die ihrer Natur nach und aus bewußter Absicht den Tod herbeiführt, um auf diese Weise jeden Schmerz zu beenden.

Weiter heißt es in der Enzyklika:

Abtreibung und Euthanasie sind Verbrechen, die für rechtmäßig zu erklären sich kein menschliches Gesetz anmaßen kann. Gesetze dieser Art rufen nicht nur keine Verpflichtung für das Gewissen hervor, sondern erheben vielmehr die schwere und klare Verpflichtung, sich ihnen mit Hilfe des Einspruchs aus Gewissensgründen zu widersetzen.

Auch Papst Pius XII. hob die besondere Bedeutung des Naturrechts hervor und verkündete: „Keine Indikation, kein Notstand kann ein in sich sittenwidriges Tun in ein sittengemäßes und erlaubtes verwandeln.“ Wer hier das Totschlagsargument bei der Hand hat, die Kirche sei ja eine ewiggestrige, dem sei nachgeschoben – ebenfalls aus „Evangelium vitae“: „Der Verzicht auf außergewöhnliche oder unverhältnismäßige Heilmittel ist nicht gleichzusetzen mit Selbstmord oder Euthanasie/Sterbehilfe; er ist vielmehr Ausdruck dafür, daß die menschliche Situation angesichts des

Todes akzeptiert wird.“ So lebensfremd scheint die katholische Kirche denn doch nicht zu sein, wie manche glauben (machen) wollen. Dies bedeutet aber nicht, daß fundamentale, lebenserhaltende Maßnahmen, wie Nahrung, Flüssigkeitszufuhr, Lagerung und Körperpflege, eingestellt werden dürfen.

Primat des Naturrechts

Auch Atheisten können eine Weisheit nicht umgehen – und kluge Agnostiker bestätigen dies:

Es gibt ein Recht, das über das vom Menschen gemachte Recht hinausgeht und an das sich alle menschlichen Gesetze halten müssen, um nicht ungerecht und sittenwidrig zu werden. Dies ist das Naturrecht, das sich aus der Natur, dem Wesen des Menschen als vernunftbegabtes Sinneswesen, ergibt. Deshalb kann sich „kein menschliches Gesetz anmaßen“, dieses Gesetz zu ignorieren.

Wir, die Gesellschaft, sind also im Zugzwang: eine Gesellschaft zu schaffen oder sie so zu beeinflussen, daß niemand auf die Idee kommen sollte, sich lieber zu verabschieden, als weiter unter uns zu leben. Grundvoraussetzung dazu ist nicht nur das Bejahen des Lebens – auch mit seinen Grausamkeiten –, sondern auch die notwendige Vorsorge für ein würdevolles Altern und Sterben: durch Ausbau der Pflege- und der Hospiz- bzw. Palliativeinrichtungen. Die Ausgangsfrage sollte lauten: Wie können wir in der Gesellschaft eine neue Kultur des Sterbens ermöglichen, die den Menschen eben die Angst vor dem Sterben nimmt? Und wie weit sollte die bisher straffreie Beihilfe zur Selbsttötung verhindert werden?

Nein zu Sterbehilfevereinen

Vor allem geht es um ein Verbot von Sterbehilfevereinen oder insgesamt von organisierter, regelmäßiger, geschäftsmäßiger Hilfe zum Suizid. Es geht auch um die Sorge, Menschen könnten

aus Unkenntnis über Linderungsmöglichkeiten, aus Angst, anderen zu Last zu fallen, nicht ausreichend aufgeklärt und ihrer sicher, den Schritt zum „begleiteten Sterben“ gehen – ein scheinbar einfacher Ausweg, der ihnen da geboten wird.

Der Journalist Jakob Augstein, Erbe des SPIEGEL-Gründers Rudolf Augstein, sondert gemeinhin viel sozialistischen Unsinn ab. Deshalb war ich doch sehr verwundert, von ihm in dieser Debatte im SPIEGEL ein so klares Wort zu lesen ([PI-Autor Kewil wies bereits darauf hin](#)), für das ich ihm meine Hochachtung zolle:

„In Wahrheit ist der Tod auf Bestellung kein Gewinn an Freiheit. Sondern eine Kapitulation – vor dem Leben und vor dem Geist des Zwecks. Ärzte und Konzerne helfen uns mit chirurgischen und kosmetischen Mitteln dabei, das Altern zu verlernen. Nun sollen wir uns von Schmerz und Leid abwenden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Nachtrag: Der Autor hat sowohl seine krebskranken Eltern und erst kürzlich seine ebenfalls krebskranken Geschwister bis in den Tod begleitet, weiß also, wovon er spricht.